

## **4. Zusammenarbeit mit Ausländerbeiräten außerhalb Hessens, Institutionen, Parteien, Organisationen und Verbänden**

### **4.1 Beiräte in anderen Bundesländern/ Landesarbeitsgemeinschaften/ Bundesausländerbeirat**

#### **4.1.1 Beiräte in anderen Bundesländern**

Bundesweit existierten in den Jahren 2006 bis 2009 neben den hessischen Ausländerbeiräten etwa 250 kommunale und gewählte Beiräte in anderen Bundesländern. Aufgrund der regionalen Differenziertheit der Bundesländer und lokaler Besonderheiten tragen diese zunehmend unterschiedliche Namen, haben aber weiterhin gemein, dass sie von der Bevölkerung gewählte Gremien sind. Häufigste Bezeichnungen sind nach wie vor Ausländerbeiräte oder -räte, Integrationsräte, Migrationsbeiräte oder Beiräte für Zuwanderung und Integration.

Mit einer Vielzahl stand die agah in mehr oder weniger regelmäßigem Austausch.

#### **4.1.2 Landesarbeitsgemeinschaften**

Ende 2009 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland acht Landesarbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte/Integrationsbeiräte:

- Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen
- Baden-Württemberg (LAKA-BW)
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY)
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Brandenburg (AGAB)
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) - Landesausländerbeirat
- Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)
- Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP)
- Niedersächsischer Integrationsrat (NIR)
- Saarländischer Integrationsrat (SIR vormals AGSA)

Zudem bestanden und bestehen gewählte Ausländer- oder Integrationsbeiräte in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die nach wie vor aufgrund der geringen Zahl der Beiräte nicht zu formalen Landesverbänden zusammengeschlossen sind.

Der Kontakt zu allen Landesarbeitsgemeinschaften bzw. Beiräten wurde kontinuierlich vor allem über die Treffen des Bundesausländerbeirates, „seit 2008: Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, gepflegt, und dabei Erfahrungen über die Entwicklungen in den Bundesländern ausgetauscht. Darüber hinaus bestand immer wieder telefonischer oder schriftlicher Kontakt bezüglich sachbezogener Themen. Insbesondere zu Rheinland-Pfalz wurde 2008 der Kontakt durch das gemeinsame Projekt zum Kommunalen Wahlrecht (Vgl. Kapitel 3.2) intensiviert.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der LAGA-NRW nahm ein Vorstandsvertreter an den Feierlichkeiten am 6. September 2007 in Düsseldorf teil. Zudem wurden Veranstaltungen der Landesarbeitsgemeinschaft wie die Tagung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz am 2. November 2006 in Mainz besucht, die gemeinsam von der agarp und dem Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde.

### **4.1.3 Bundesausländerbeirat/Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat**

Als politische Interessenvertretung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland versteht sich der Bundesausländerbeirat als Ansprechpartner der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates und arbeitet mit gesellschaftlich relevanten Organisationen auf Bundesebene zusammen. Ähnlich wie bereits in den Kommunen und in vielen Ländern auf Landesebene seit Jahrzehnten praktiziert, ist der Bundesausländerbeirat auf Bundesebene in allen Angelegenheiten, die Ausländer betreffen, beratend tätig.

Der Bundesausländerbeirat dient des Weiteren dem Erfahrungsaustausch der Ausländerbeiräte und ihrer Landesorganisationen und koordiniert gemeinsame Interessen auf Bundesebene.

Mit seiner Arbeit will der Bundesausländerbeirat zu einem friedlichen und vorurteilsfreien Zusammenleben von Deutschen und Nicht-Deutschen beitragen. Er dient zudem der politischen Meinungsbildung und Willensartikulation der ausländischen Einwohner/innen, mit dem Ziel, die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von deutschen Staatsangehörigen und Ausländern herzustellen.

Die agah war im Berichtszeitraum bis Dezember 2009 nicht mehr im Vorstand vertreten. Dennoch arbeiteten die jeweils benannten Delegierten im Rahmen der Delegiertenversammlung, der Sitzungen des Hauptausschusses sowie als Gäste mehrerer Vorstandssitzungen weiter aktiv mit.

Plenarsitzungen des Bundesausländerbeirates fanden statt am:

- 12.- 13.05.2006 in Esslingen
- 27.- 29.04.2007 in Potsdam
- 07.- 09.11.2008 in München
- 13. - 14.06.2009 in Vallendar
- 04. - 06.12.2009 in Saarlouis

Vertreter/innen der agah nahmen außerdem an Sitzungen des Bundesvorstandes teil am:

- 21.01.2006
- 25.09.2006
- 26.05.2007
- 18.-19.08.2007
- 09.12.2007
- 06.09.2008

Zusätzlich fanden im Berichtszeitraum drei Hauptausschusssitzungen unter Beteiligung der agah statt, und zwar am 03.03.2007 in Mainz, 12.01.2008 in Düsseldorf, 28.06.2008 in Mainz und am 29.03.2009 in Mainz.

Ungelöste Frage des Bundesverbandes ist nach wie vor die Finanzierung des Gremiums. Die agah unterstütze die Arbeit daher nach besten Möglichkeiten u.a. durch die Organisation einer Pressekonferenz am 04.05.2006 in Frankfurt am Main, durch Teilnahme an Gesprä-

chen über eine mögliche materielle Unterstützung wie zum Beispiel mit Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion am 14.11.2007 in Berlin und durch eigene Initiativen bei der Hessischen Landesregierung wie am 22.06.2007 im Gespräch mit dem für Bundesangelegenheiten zuständigen Minister Volker Hoff.

Auch war die unzureichende Ausstattung des Bundesausländerbeirates Gegenstand eines Antrages der KAV und einer Diskussion im agah-Plenum am 24.11.2007.

Im Rahmen der Selbstverpflichtungen des Bundesausländerbeirates und der Ausländerbeiräte zum Nationalen Integrationsplan beteiligten sich Vertreter der agah sowohl in der Vorbereitung des Papieres als auch bei der Umsetzung.

Ende 2008 wurden erstmals Vorschläge über eine Namensänderung des Bundesausländerbeirates diskutiert. Anlass dafür war die - übereinstimmende - Erkenntnis in fast allen Bundesländern, dass der Name ‚Ausländer‘ schon lange nicht mehr zeitgemäß ist. Zudem war eine Entwicklung in mehreren Bundesländern zu beobachten, die Gremien umzubenennen und teilweise strukturell zu verändern. Dieser Entwicklung - so eine Mehrheit - könne sich auch der Bundesausländerbeirat nicht verschließen. Eine abschließende Diskussion und Beschlussfassung über die Namensänderung fand am 13. Juni während der Mitgliederversammlung in Vallendar statt. Nunmehr heißt der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften „Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat“.

In der Dezembersitzung 2009 wurde dann auch wieder ein Hesse in den Vorstand gewählt: Ismail Özdoğan, stellvertretender Vorsitzender der agah.